

Helfen, aber wie bloss?

In Gaza bahnt sich eine humanitäre Katastrophe an. Doch viele Schweizer Hilfswerke sind zurückhaltend mit Spendenaufrufen, auch die Glückskette

Gina Bachmann

Die Bilder aus Gaza sind schwer zu ertragen. Sie wecken in vielen Menschen das Bedürfnis, zu helfen, etwa mit einer Spende. Doch so einfach ist das in diesem Fall nicht.

Die Hilfswerke sind zurückhaltend. Wer dieser Tage nach einer Spendenmöglichkeit für die Zivilbevölkerung in Gaza sucht, zum Beispiel auf der Webseite der Glückskette, stösst zuerst auf Aufrufe für die Opfer der Erdbeben in Afghanistan und Marokko. Auch eine Sammelaktion für die Ukraine ist nach wie vor prominent platziert.

Weiter unten findet sich dann eine kurze Meldung zur «humanitären Notlage im Nahen Osten». Darin wird auf den Nothilfefonds aufmerksam gemacht, einen Topf für humanitäre Krisen weltweit. Eine spezifische Kampagne für Gaza gibt es nicht.

Laut Fabian Emmenegger, dem Sprecher der Glückskette, sind die Kriterien für eine solche Kampagne nicht erfüllt. Die nötigen Abklärungen habe man gemacht, aber die Glückskette könne derzeit nicht sicherstellen, dass die gesammelten Spenden effektiv und in absehbarer Zeit in Hilfe umgewandelt würden. Das Problem ist laut Emmenegger die volatile Sicherheitslage für die Partnerorganisationen vor Ort.

Unübersichtliche Lage

Die Stiftung Zewo, die Hilfswerke zertifiziert, bestätigt, dass die Situation in Gaza für Hilfsorganisationen momentan sehr unübersichtlich sei. Es gibt keine humanitären Korridore, und die Transportwege sind blockiert. «Organisationen, die vor Ort sind oder mit lokalen Partnern zusammenarbeiten, klären ab, was wo überhaupt möglich ist», sagt Martina Ziegerer, die Geschäftsleiterin der Zewo.



Ein Mädchen mit schweren Verbrennungen im Gesicht wird verarztet.

Der Israel-Palästina-Konflikt ist für Hilfswerke generell ein schwieriges Thema.

Für Ziegerer ist deshalb nachvollziehbar, dass Organisationen wie die Glückskette derzeit eher zurückhaltend sind. Die Hilfswerke müssten sicher sein, dass sie vor Ort Hilfe leisten könnten, bevor sie zu Spenden aufrufen. «Kein seriöses Hilfswerk will sich später vorwerfen lassen müssen, die Spendenbereitschaft ausgenutzt zu haben, ohne tatsächlich geholfen zu haben», sagt Ziegerer.

Das bringt die Hilfswerke in ein Dilemma. Es wäre wichtig, Spenden zu sammeln, denn Hilfe

ist dringend nötig. Doch Hilfe zu leisten, wird von Tag zu Tag schwieriger. Spendenaufträge sind aber auch deshalb rar, weil nur noch sehr wenige Schweizer NGO in Gaza tätig sind. «Für Hilfswerke, die nicht vor Ort sind, ist es schwierig, einen glaubwürdigen Spendenauftrag zu machen», sagt Georg von Schnurbein, Direktor des Center for Philanthropy Studies der Universität Basel.

Viele grössere Hilfswerke werben derzeit zwar mit dem Leid in

Gaza um Spenden. Doch bei genauerem Hinsehen ist nicht klar, ob die Gelder tatsächlich auch dort eingesetzt werden. Die Zewo rät, auf den Websites der Hilfswerke zu schauen, ob die Spenden an die Hilfe in Gaza gebunden sind. Bei einigen geht das Geld wie bei der Glückskette nur in einen allgemeinen Nothilfefonds, der auch anderen Regionen zugutekommen kann.

Das trifft auf Ärzte ohne Grenzen zu. Auf deren Website wird zuoberst über Gaza informiert.

Die Lage wird als «katastrophal» beschrieben. Trotzdem sind Spenden nur über den Nothilfefonds möglich. Dies sei gegenwärtig der beste Weg, die Organisation zu unterstützen, schreibt eine Sprecherin auf Anfrage. Bei Unicef gelangt man ebenfalls zu einem solchen Fonds. Ein Sprecher bekräftigt jedoch, dass die Spende gezielt den Kindern im Gazastreifen zugutekomme.

Zweckgebundene Spenden für Palästina und Israel sind hingegen beim Internationalen Roten Kreuz und bei Medico International möglich. Auch das HeKS hat seit Samstag einen entsprechenden Aufruf auf seiner Website.

Erdbeben sind einfacher

Gemäss Rückmeldungen der Hilfswerke hält sich die Spendenbereitschaft für die humanitäre Not in Gaza momentan eher in Grenzen. Der Israel-Palästina-Konflikt ist für Nonprofitorganisationen generell ein schwieriges Thema. «Gespendet wird vor allem dann, wenn Menschen unverschuldet in eine Notlage geraten», sagt Georg von Schnurbein. In Kriegen sei die Lage oftmals vertrackt. «Für viele Leute ist nicht immer eindeutig, wer Schuld hat. Und auf beiden Seiten des Konflikts gibt es zivile Opfer.»

Bei der Glückskette zeigte sich dies zum Beispiel, als sie für die Opfer des Syrien-Kriegs sammelte. Innert eines Jahres kamen 11 Millionen Franken zusammen. Für die Opfer der Erdbeben in Syrien und der Türkei vom Februar dieses Jahres hingegen wurden bereits über 32 Millionen Franken gesammelt. Bleibt abzuwarten, wie viel für Palästina und Israel zusammenkommt. Der Glückskette-Sprecher Fabian Emmenegger schliesst nicht aus, dass es dereinst zu einer grösseren Sammelaktion für die Region kommt.

Der Staat drängt Berufsberater aus dem Markt

Mit Millionen subventioniert der Bund die öffentliche Berufsberatung für über 40-Jährige. Was gut gemeint ist, hilft den Falschen – und schadet privaten Anbietern. René Donzé

Der Bankkadermann hat genug von seinem Job und möchte sich beruflich verändern. Bloss wie? Er vereinbart einen Termin mit dem Berufs- und Laufbahnberater Jürg Enderli – sagt dann aber kurzfristig ab. Der Grund: Er hat von Viamia erfahren, einer Gratis-Berufsberatung von Bund und Kantonen für über 40-Jährige. Da kann er sich die teure private Dienstleistung sparen.

«Mit seiner Kampagne treibt der Bund viele Kleinunternehmen in Existenznöte», sagt Enderli, der das Beispiel erzählt. Schon mehrere Kunden seien ihm deswegen abgesprungen. Und er ist damit nicht allein. Der Co-Präsident des Berufsverbandes Laufbahnschweiz, in welchem die privaten Laufbahnberatenden organisiert sind, hat eine Umfrage bei den Mitgliedern durchgeführt. Rund 90 Prozent berichten von einem starken oder moderaten Rückgang der über 40-jährigen Kundenschaft wegen Viamia.

Enderli protestierte per E-Mail direkt bei Bundesrat Guy Parme-

lin, dessen Staatssekretariat für Forschung, Bildung und Innovation für die Kampagne verantwortlich ist. Parmelin schrieb zurück und betonte, dass Viamia die Privaten nicht konkurrieren solle. «Das tut es eben doch», sagt Enderli. Betroffen seien rund 300 private Berufsberater in der Schweiz.

Mit Giesskanne verteilt

Viamia wurde vom Bund als eine der vielen Antworten auf die vom Volk angenommene Masseneinwanderungsinitiative aus der Taufe gehoben, um das inländische Arbeitskräftepotenzial besser auszunutzen. Zielgruppe wären vor allem schlechter qualifizierte, genutzt wird das Angebot indes mehrheitlich von Personen mit guten Arbeitsmarktchancen. 40 Millionen Franken gibt der Bund dafür 2020 bis 2024 aus. Danach sollen die Kantone schrittweise die Finanzierung übernehmen, wogegen sie sich wehren. Doch das ist wieder eine andere Geschichte.

«Da werden Steuergelder mit der Giesskanne verteilt», kritisiert Ständerat Ruedi Noser. Und Viamia sei nur ein Beispiel dafür, wie der Staat im Bereich der Berufs- und Laufbahnberatung zunehmend private Anbieter an den Rand dränge. «Die Berufsberatung hat sich zur staats-

monopolistischen Organisation entwickelt», sagt der FDP-Politiker. Das führe dazu, dass immer mehr Kantone solche Leistungen gratis anböten. Auch der Kanton Zürich zieht nach: Die Regierung will das ganze Grundangebot kostenlos machen.

An den Rand gedrängt fühlt sich zum Beispiel Reinhard Schmid, der in den 1970er Jahren eine Beratungsfirma gegründet hatte, die sich zu einem grösseren Institut entwickelte. Er ist Herausgeber diverser Laufbahn- und Berufsberatungslehrrmittel. Ursprünglich hätten private und öffentliche Anbieter gut kooperiert, erzählt er. Doch: «Mit dem Berufsbildungsgesetz wurde die Verantwortung für die Berufsberatung abschliessend den Kantonen zugewiesen.» Seither hätten die Kantone «faktisch ein Monopol». Das spüre sein S-&B-Institut, das er mittlerweile der nächsten Generation übergeben hat.

Was tun? Noser will die private Berufsberatung explizit im Berufsbildungsgesetz festschreiben. Dann wäre sie juristisch gleichberechtigt. Zudem soll die staatliche Berufsberatung nur für jene gratis sein, die weder Lehrabschluss noch Matura haben. Sonst gilt: «Entweder muss die Beratung für alle kostenpflichtig sein, oder dann soll der Staat alle Angebote, auch jene der Privaten,

subventionieren.» Der Wettbewerb dürfe nicht verzerrt werden, argumentiert er. Demnächst wird seine entsprechende parlamentarische Initiative in der ständerätlichen Kommission behandelt.

Esoterische Beratungen

Dort kommt es zum Showdown zwischen öffentlichen und privaten Anbietern. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Berufs-, Studien- und Laufbahnberatungen (SK-BSLB) wehrt sich: «Die Initiative greift in die Autonomie der Kantone ein», sagt der Präsident Daniel Reumiller. Eine allgemeine Kostenpflicht lehnt er ab: Es sei eine Frage der Chancengleichheit, dass alle Zugang hätten zu diesen Angeboten – nicht nur solche, die es sich leisten könnten. Die andere Variante, dass der Staat auch private Beratungen finanziere, sei «aufwendig und kostspielig». Betreffend Viamia sei das Problem erkannt, man werbe nun gezielter um geringer Qualifizierte, sagt er.

Sandra Thüring ist im Vorstand des Fachverbands Profunda-Suisse, in dem vorab Berater der öffentlichen Anbieter zusammengeschlossen sind. Sie lehnt die gesetzliche Gleichstellung öffentlicher und privater Beratungen ebenfalls ab. «Wir fordern von unseren Mitgliedern eine einschlägige Ausbildung», erklärt

Im Kanton Zürich will die Regierung das ganze Grundangebot kostenlos machen.

sie. «Bei den Privaten gibt es auch Angebote, die unseren Vorgaben nicht entsprechen, wie spirituelle und esoterische Beratungen.» Im Gegensatz zu den Privaten stünden die Öffentlichen als Teil des Bildungssystems in der Verantwortung, die nationalen und kantonalen Bildungsziele zu verfolgen. Gegen eine punktuelle Zusammenarbeit habe sie hingegen nichts. «Das geschieht zum Teil auch heute schon.»

Der Konflikt bringt den Schweizerischen Gewerbeverband ins Dilemma. Im Rahmen der Berufsbildung sei man zwar froh um die gute Kooperation der öffentlichen Stellen mit dem Gewerbe, sagt der Co-Direktor Dieter Kläy. «Doch zeigt sich hier beispielhaft, wie der Staat immer weiter in die Privatwirtschaft vordringt und private Unternehmen an die Wand drängt.» Darum unterstütze der Verband die Initiative.

Im Ständerat hat die parlamentarische Initiative gute Chancen. Politiker von Mitte über FDP bis SVP haben sie unterzeichnet. Doch selbst wenn sie von beiden Räten angenommen würde, dürfte es noch lange dauern, bis sie umgesetzt wird. Für Enderli und viele andere private Berufsberatende heisst es so lange: Die Gürtel enger schnallen – oder die eigene berufliche Laufbahn überdenken.